

Burkhardt, Simone

Working Paper

Parteipolitikverflechtung: Der Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlentscheidungen von 1976 bis 2002

MPIfG Discussion Paper, No. 04/1

Provided in Cooperation with:

Max Planck Institute for the Study of Societies (MPIfG), Cologne

Suggested Citation: Burkhardt, Simone (2004) : Parteipolitikverflechtung: Der Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlentscheidungen von 1976 bis 2002, MPIfG Discussion Paper, No. 04/1, Max Planck Institute for the Study of Societies, Cologne

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/19903>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSFORSCHUNG
MAX PLANCK INSTITUTE FOR THE STUDY OF SOCIETIES



MPIfG Discussion Paper 04/1

Parteilpolitikverflechtung

Der Einfluss der Bundespolitik
auf Landtagswahlentscheidungen
von 1976 bis 2002

Simone Burkhart



Simone Burkhart

**Parteilpolitikverflechtung:
Der Einfluss der Bundespolitik
auf Landtagswahlentscheidungen
von 1976 bis 2002**

MPIfG Discussion Paper 04/1
Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln
Max Planck Institute for the Study of Societies Cologne
February 2004

© 2004 by the author(s)

MPIfG Discussion Paper | ISSN 0944-2073

MPIfG Discussion Papers are refereed scholarly papers of the kind that are publishable in a peer-reviewed disciplinary journal. Their objective is to contribute to the cumulative improvement of theoretical knowledge. The papers can be ordered from the institute for a small fee (hard copies) or downloaded free of charge (PDF).

Downloads

<http://www.mpi-fg-koeln.mpg.de>

Go to *Publications / Discussion Papers*

Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung
Max Planck Institute for the Study of Societies
Paulstr. 3 | 50676 Cologne | Germany

Tel. +49 (0) 221 2767-0

Fax +49 (0) 221 2767-555

www.mpi-fg-koeln.mpg.de

info@mpi-fg-koeln.mpg.de

Abstract

In anticipation of the existence of an “electoral cycle,” most studies on the relationship between federal politics and Länder election outcomes in Germany have relied on the scheduling of a Länder election as an independent variable. Election results of the federal government parties in Länder elections were then explained as a function of the time elapsed since the last federal election. This paper explores the explanatory power of the electoral cycle argument before and after 1990. It rejects time variables as relevant explanatory variables for the study of the interdependence of federal and Länder election outcomes after the German reunification. However, this does not imply that the influence of federal politics on Länder election outcomes has vanished, as some recent studies have claimed. My regression analyses show that the causal link between federal and Länder election outcomes still holds: the higher the decline in the federal government’s popularity, the higher are the losses of federal government parties in Länder elections. The influence of federal politics on Länder election outcomes has grown, rather than declined, since reunification.

Zusammenfassung

Untersuchungen über den Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlentscheidungen betrachteten in der Vergangenheit im Vertrauen auf die Existenz eines autonomen „Wahlzyklus“ den Zeitpunkt einer Landtagswahl als erklärende Variable für das Abschneiden der Parteien der Bundesregierung bei Landtagswahlen. Dieses Papier untersucht die Erklärungskraft des Wahlzyklus für Deutschland vor und nach 1990 und findet für die Zeit nach der Wiedervereinigung wenig Evidenz für einen Einfluss von Zeitvariablen auf Landtagswahlergebnisse. Dies bedeutet jedoch nicht, dass der Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlergebnisse zurückgegangen ist, wie einige aktuelle Untersuchungen behaupten. Regressionsanalysen zeigen, dass der Kausalmechanismus, der früheren Analysen teilweise implizit zugrunde lag, auch weiterhin gilt: Je stärker die Popularität der Bundesregierung seit Amtsantritt gesunken ist, mit desto höheren Verlusten müssen die Parteien der Bundesregierung bei Landtagswahlen rechnen. Der Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlen hat seit der Wiedervereinigung sogar eher zu- als abgenommen.

Inhalt

1	Einleitung	5
2	Die deutsche Diskussion: Landtagswahlen als bundespolitische Stimmungswahlen oder Regionalwahlen?	6
3	Der Einfluss des Wahlzyklus auf Landtagswahlen in Deutschland seit 1976	11
4	Die Referendumstheorie zur Erklärung von Wahlergebnissen innerhalb der Legislaturperiode einer Regierung	16
5	Landtagswahlen als Referendum über die Bundespolitik	18
	Datengrundlage	19
	Test der Referendumshypothese – die Regierungsparteien im Bund	21
	Test der Referendumshypothese – die Oppositionspartei im Bund	24
6	Schlussbetrachtung	26
7	Literatur	27

1 Einleitung

Landtagswahlen scheinen nur in den seltensten Fällen das Produkt überwiegend landespolitisch motivierter Erwägungen der Wähler zu sein. Journalisten, politische Beobachter, aber auch Wissenschaftler interpretieren und analysieren Landtagswahlen im Licht der Bundespolitik, sei es beispielsweise als „Kür des Kanzlerkandidaten“ in Niedersachsen 1998 (Müller-Hilmer 1999) oder als „Stimmungstest der neu gewählten Bundesregierung“ wie bei der Landtagswahl in Hessen 1999 (Schmitt-Beck 2000: 4). Da die Wähler in der öffentlichen Wahrnehmung bei Landtagswahlen immer auch über die Performanz der Bundesregierung abstimmen, finden sich die Regierungsparteien in einem oft beklagten „Dauerwahlkampf“ verstrickt, der Kritikern zufolge zu einer Lähmung des politischen Systems führen kann. Umgekehrt wirkt der Ausgang der Landtagswahlen im institutionell verflochtenen politischen System der Bundesrepublik auch auf die Bundespolitik zurück. Die scheinbar systematisch wiederkehrenden Verluste der Regierungsparteien in Landtagswahlen führen fast zwangsläufig zum Verlust einer eigenen Regierungsmehrheit im Bundesrat (Dinkel 1980: 75).

Kern solcher Überlegungen ist der vorgebliche Einfluss der Bundespolitik auf die Landtagswahlentscheidung. Obwohl eine gewisse Einwirkung der Bundespolitik auf die Wahlentscheidung in den Bundesländern weitgehend unumstritten ist, gibt es doch verschiedene Ansichten über die Stärke, Ursachen und jüngsten Entwicklungen dieses Einflusses. Es existieren nur wenige systematische Untersuchungen, die über den Einzelfall hinaus den Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlentscheidungen betrachten. Dinkels (1977) Analyse der Interdependenz zwischen Bundes- und Landtagswahlergebnissen für die Zeit von 1949 bis 1976 ist diesbezüglich die erste grundlegende Forschungsarbeit. Ihr zufolge verlieren im Vergleich zu den Bundestagswahlergebnissen die Regierungsparteien des Bundes in Landtagswahlen substantiell an Wählerstimmen. Die Stärke des Verlustes ist jedoch nicht gleichförmig über die Zeit verteilt, sondern folgt einem zyklischen Muster: Am Anfang und am Ende einer Legislaturperiode schneiden die Regierungsparteien bei Landtagswahlen noch vergleichsweise gut ab, in der Mitte einer Legislaturperiode ist ihr Verlust am größten. Diese Ergebnisse wurden später von Anderson/Ward (1996) und Lohmann/Brady/Rivers (1997) im Wesentlichen bestätigt. Wissenschaftlicher Disput entzündet sich hingegen an der Frage, inwieweit es im Zuge der deutschen Wiedervereinigung und der damit verbundenen Änderung der Parteienlandschaft sowie dem unterschiedlichen Wahlverhalten in Ost und West zu einer Modifikation der Beziehung zwischen Bundes- und Landtagswahlen gekommen ist. Jeffery/Hough (2001; Hough/Jeffery 2003) argumentieren, die im Zuge der deutschen Einigung gestiegene territoriale Heterogenität veranlasse die Bevölkerung, in Landtagswahlen zunehmend nach regionalen Gesichtspunkten zu wählen.

Dieses Papier wäre ohne die zahllosen Anregungen von Philip Manow nicht entstanden. Ihm sowie Hendrik Zorn und Steffen Ganghof danke ich für viele Ideen, kritische Anmerkungen und lehrreiche Kommentare. Zu danken ist auch meinen beiden Gutachtern Knut Lange und Lothar Krempel für hilfreiche Kommentierungen.

Dadurch habe auch der Einfluss der Bundespolitik auf die Landtagswahlen seit 1990 deutlich abgenommen. Decker/Blumenthal (2002) hingegen sehen in Landtagswahlen weiterhin traditionelle Sanktionswahlen, bei denen die Bundespolitik einen entscheidenden Einfluss auf den Wahlausgang ausübt. Wer hat Recht? Diese Frage ist nicht zuletzt deshalb anhand der Arbeiten von Decker/Blumenthal und Jeffery/Hough schwer zu beantworten, weil beide Studien auf die Messung der tatsächlichen Effektstärke der bundespolitischen Durchdringung von Landtagswahlen verzichten.

Das Ziel meines Artikels ist die bessere Spezifizierung, Operationalisierung und statistische Überprüfung des Wirkungsmechanismus, der dem Zusammenhang zwischen Bundes- und Landtagswahlergebnissen zugrunde liegt. Besonderes Augenmerk liegt auf der Frage, inwieweit die Regierungsparteien des Bundes bei Landtagswahlen aufgrund bundespolitischer Einflüsse systematisch Verluste erleiden. Die dabei gewonnenen Ergebnisse ermöglichen fundiertere Aussagen über die bundespolitische Durchdringung der Landtagswahlen in Ost- und Westdeutschland von 1976 bis 2002. Vor allem vor dem Hintergrund der Diskussion um Reformen des deutschen Föderalismus ist eine wissenschaftliche Erörterung dieser Problematik von erheblicher politischer und praktischer Relevanz.

Mein Artikel ist folgendermaßen aufgebaut: Zunächst werde ich die für die Fragestellung relevante deutsche Literatur zusammenfassen. Daraufhin teste ich, inwieweit die Terminierung der Landtagswahlen innerhalb der Legislaturperiode im Bund als die wesentliche Erklärungsvariable früherer Untersuchungen das Abschneiden der Regierungsparteien des Bundes bei Landtagswahlen erklären kann. Obwohl meine Analysen einen solchen zeitlichen Zusammenhang nach 1990 nicht mehr bestätigen können und damit Dinkels Schlussfolgerungen in Frage stellen, verwerfe ich nicht die These einer starken bundespolitischen Durchdringung der Landtagswahlen. Anknüpfend an die internationale Literatur schlage ich im zweiten Teil meiner Arbeit eine verbesserte Operationalisierung und genauere Spezifizierung des Wirkungsmechanismus vor. Die sich daraus ergebende Hypothese, dass die Regierungsparteien des Bundes entsprechend ihres Populärkeitsverlustes auf Bundesebene bei Landtagswahlen an Stimmen verlieren, teste ich anhand von Zufriedenheitsdaten der Forschungsgruppe Wahlen. Im letzten Abschnitt fasse ich die Ergebnisse zusammen und erörtere deren Implikationen.

2 Die deutsche Diskussion: Landtagswahlen als bundespolitische Stimmungswahlen oder Regionalwahlen?

Dass die Bundespolitik einen gewissen Einfluss auf Landtagswahlen ausübt, ist unumstritten. Zahlreiche Studien und Analysen zu einzelnen Landtagswahlen zeigen eine von Landtagswahl zu Landtagswahl unterschiedlich starke, aber allgegenwärtige bundespolitische Durchdringung des Landtagswahlkampfes und der Landtagswahlent-

scheidung. Im deutschen System der Politikverflechtung (Scharpf 1985) und des „bundesstaatlichen Parteienwettbewerbs“ (Lehmbruch 1998) ist dieser Befund auch alles andere als überraschend. Eine übergreifende und *systematische* wissenschaftliche Thematisierung dieses Zusammenhangs wurde allerdings nur selten vorangetrieben. Im Folgenden werde ich den deutschen Diskussionsstand kurz umreißen.

Dinkel (1977) prüfte als erster empirisch mit Hilfe von Regressionsanalysen den Zusammenhang zwischen Bundes- und Landtagswahlergebnissen für 67 Landtagswahlen in der Zeit von 1949 bis 1976. Er errechnet aus den beiden Bundestagswahlergebnissen in einem Bundesland vor und nach einer Landtagswahl einen „erwarteten Stimmenanteil“ für die Regierungsparteien bei den Landtagswahlen (siehe auch Abbildung 1 sowie Abschnitt 3). Den erwarteten Stimmenanteil erreicht eine Regierung bei einer Landtagswahl genau dann, wenn die Stimmabgabe bei Landtagswahlen exakt einem kontinuierlichen Trend der Stimmenentwicklung auf Bundesebene entsprechen würde. Dinkel behauptet, dass der tatsächlich erreichte Stimmenanteil der Regierungsparteien des Bundes systematisch von dem erwarteten Stimmenanteil abweiche und einem zyklischen Trend folge: Kurz nach einer gewonnenen Wahl schneiden demnach die Regierungsparteien bei Landtagswahlen zunächst geringfügig besser ab, ihr tatsächlicher Stimmenanteil liegt über dem erwarteten Stimmenanteil. Dieser Trend kehrt sich jedoch schnell um, und die Regierungsparteien verlieren bis zur Mitte der Legislaturperiode zunehmend an Stimmen. In der zweiten Regierungshälfte verringern sich die Verluste wieder und nähern sich dem Stimmenniveau an, das bei der kommenden Bundestagswahl erreicht wird. Dinkel schlussfolgert daraus, dass die Ergebnisse der Landtagswahlen mit deren Terminierung innerhalb der Legislaturperiode des Bundes zusammenhängen: In der Mitte einer Legislaturperiode schneiden die Regierungsparteien demnach systematisch schlechter ab als kurz vor oder nach einer Bundestagswahl.

Obwohl Dinkels Modell mit der Verwendung der reinen Zeitvariable sehr sparsam ist, kann es fast 50 Prozent der Variation des Stimmergebnisses zwischen Bundes- und Landesebene erklären. Dieses Muster erklärt Dinkel mit der Existenz eines „Wahlzyklus“ („electoral cycle“). Damit knüpft Dinkel an Untersuchungen in Großbritannien (Goodhart/Bhansali 1970; Miller/Mackie 1973) und den USA (Stimson 1976) an, die das Phänomen des Wahlzyklus erstmalig beschrieben haben. Demzufolge gewinnen Regierungsparteien in einer Art „Nachwahleuphorie“ kurz nach der Wahl an Sympathie hinzu, nur um kurze Zeit später teils dramatisch an Zustimmung zu verlieren. Dieser Negativtrend setzt sich über die Legislaturperiode fort und erreicht etwa in der Mitte einen Höchststand. Danach erholen sich die Popularitätsraten wieder und erreichen bei der folgenden Wahl einen ähnlich hohen Stand wie zum Zeitpunkt der zurückliegenden Wahl. In der Literatur werden eine Vielzahl von möglichen Erklärungen diskutiert, die den empirisch beobachteten Wahlzyklus begründen könnten. Eine Erklärungsmöglichkeit sehen beispielsweise Stimson (1976) oder Hudson (1985) in der Logik des Regierungshandelns in Demokratien. Demnach müssen unpopuläre und schmerzhaft, gleichsam aber notwendige Maßnahmen am Anfang einer Legislaturpe-

riode verabschiedet werden, weil sie ein Absinken die Popularitätswerte einer Regierung zur Folge haben. Erreichen diese Maßnahmen bis zum Ende der Legislaturperiode ihr Ziel, werden sich die positiven Auswirkungen auch in verbesserten Stimmungswerten für die Regierung auszahlen. Andere Erklärungen beziehen sich auf Modelle des „political business cycle“¹ (Nordhaus 1975; Frey/Schneider 1978) und werden kontrovers diskutiert (Pissarides 1980; Chrystal/Alt 1981; Hudson 1985).

In seiner umfangreichen qualitativen Untersuchung zu Wechselwirkungen zwischen Bundespolitik und Landtagswahlen anhand einer systematischen Betrachtung einzelner Landtagswahlen zieht Fabritius (1978:163) ähnliche Schlüsse wie Dinkel: Landtagswahlen sind bundespolitischen Testwahlen, und das Wahlverhalten entspricht dem von Bundes-Teilwahlen. Damit stellen Landtagswahlen eine Art Pseudo-Plebizit über die Arbeit der Bundesregierung dar.

Anderson/Ward (1996) definieren britische Nachwahlen („by-elections“)² und Landtagswahlen in Deutschland als „Stimmungswahlen“ („barometer elections“), in denen die Wahlberechtigten veränderte Einstellungen zur Regierung, hervorgerufen durch politische und wirtschaftliche Veränderungen, artikulieren. Anderson/Ward erklären die Höhe des Stimmenverlustes der Partei des Bundeskanzlers bzw. des Premierministers mit ökonomischen Bestimmungsfaktoren (Entwicklung der Arbeitslosigkeit und Inflation), dem Wahlzyklus (der Terminierung der Wahl), der Regierungszufriedenheit und der Höhe des Abschneidens bei der letzten landesweiten Wahl. Ihre Untersuchung bezieht sich auf den Zeitraum von 1950 bis 1992 und stützt den von Dinkel beschriebenen zyklischen Trend der Stimmenentwicklung: Je näher ein Wahltermin in den Ländern an die nationale Wahl rückt, desto besser fällt das Ergebnis für die Regierungspartei aus. Die Verluste sind dann besonders hoch, wenn die Regierungspartei des Bundes in der vorangegangenen Bundestagswahl besonders gut abgeschnitten hat. Anderson/Ward finden keine nennenswerten Einflüsse von ökonomischen Faktoren. Mit einer erklärten Varianz von lediglich 17 bis 23 Prozent je nach Modellspezifikation sind einer Verallgemeinerung ihrer Aussagen jedoch enge Grenzen gesetzt.

Lohmann/Brady/Rivers (1997) übertragen verschiedene in den USA entwickelte Theorien zum Abschneiden von Parteien auf deutsche Landtagswahlen. Mit Hilfe von OLS-Regressionen versuchen sie, Unterschiede in den Stimmenanteilen der Parteien zwischen Bundestags- und Landtagswahlen zu erklären. Ähnlich wie Anderson/Ward

-
- 1 Die Modelle des „political business cycle“ beruhen auf der Annahme einer Manipulation der Phillips-Kurve seitens der Regierung. Regierungen versuchen demnach durch höhere Wachstums- und geringere Arbeitslosenraten ihre Wiederwahlchancen vor Wahlen zu erhöhen. Dies führe zu steigender Inflation in unmittelbarer Nähe des Wahltermins und einer Rezession nach einer Wahl.
 - 2 Mit Hilfe von Nachwahlen werden in Großbritannien, aber auch in vielen anderen Demokratien ausscheidende Mitglieder des Parlaments ersetzt. Andere Regierungssysteme nutzen Nachrücklisten, um frei werdende Sitze im Parlament mit Personen der gleichen Partei neu zu besetzen.

finden sie wenig empirische Bestätigung für die These, dass ökonomische Variablen (operationalisiert über die Höhe des Wirtschaftswachstums) das Ergebnis der Regierungsparteien des Bundes in Landtagswahlen substantiell beeinflussen. Inwieweit Bundesregierungen für gute Wachstumsraten mit zusätzlichen Stimmen auf Landesebene belohnt beziehungsweise für einen ökonomischen Abschwung bestraft werden, variiert über die Zeit; ein einheitliches Muster zeigt sich hier nicht. Lohmann/Brady/Rivers betrachten nicht die Terminierung von Landtagswahlen innerhalb einer Legislaturperiode als Erklärungsvariable. Gleichwohl zeigen auch ihre Ergebnisse, dass die Regierungsparteien des Bundes bei Landtagswahlen schlechter abschneiden als in der vorangegangenen Bundestagswahl.

Weder Anderson/Ward noch Lohmann/Brady/Rivers konnten die Effekte der Wiedervereinigung in ihre Analysen Mitte der neunziger Jahre aufnehmen. Zweifelsohne unterscheiden sich das Wahlverhalten und die Parteienlandschaft zwischen den alten und neuen Bundesländern; zudem könnten die Auswirkungen der Wiedervereinigung den Einfluss der Bundespolitik auf die Landtagswahlentscheidung grundlegend verändert haben. Bisher existieren zwei Untersuchungen zum Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlen, die auch die Entwicklungen nach 1990 berücksichtigen. Dabei gelangen beide Studien jedoch zu entgegengesetzten Einschätzungen.

Ohne frühere Studien von Dinkel und anderen Autoren sowie die internationale Literatur zur Kenntnis zu nehmen, gehen Decker/Blumenthal (2002) dem Ausmaß und der Richtung der bundespolitischen Durchdringung von Landtagswahlen von 1970 bis ins Jahr 2001 nach. Ihre Argumentation stützen sie vor allem auf Fallbeispiele von ausgesuchten Landtagswahlen. Diese zeigten im Wesentlichen das vertraute, dem Wahlzyklus entsprechende Bild: Besonders in der Mitte der Legislaturperiode wirken sich die Effekte der bundespolitischen Überlagerung des Wahlkampfes aus, und den erheblichen Verlusten der Parteien der Bundesregierung stehen Gewinne der Opposition gegenüber. Abweichungen treten dann auf, wenn die große Oppositionspartei in eine Krise gerät. Unter diesen Umständen können die Regierungsparteien in einigen Fällen den Negativtrend umkehren. Aggregatdaten über summierte Gewinne und Verluste bestätigen Decker/Blumenthal zufolge die Ergebnisse ihrer Fallstudien: Die Verluste der Regierung beziehungsweise die Gewinne der Opposition zeigten den charakteristischen U-förmigen oder umgekehrt U-förmigen Verlauf. Auch wenn dieses Bild, bedingt durch Schwächephasen der Opposition, seine Eindeutigkeit nach der deutschen Wiedervereinigung verliert, könne es „keinen Zweifel geben, dass die Landtagswahlen in der Bundesrepublik tatsächlich einem starken Einfluss der Bundespolitik unterliegen“ (Decker/Blumenthal 2002: 164). Ihr analytisches Vorgehen ermöglicht jedoch keine klaren Aussagen über die tatsächliche Stärke dieses Einflusses und deren Entwicklung im Zeitablauf.

Jeffery/Hough (2001; Hough/Jeffery 2003) widersprechen den Einschätzungen von Decker/Blumenthal. Ausgehend von Dinkels Analyseansatz bestätigen Jeffery/Hough den Einfluss des Wahlzyklus und damit die zyklischen Verluste der Hauptregierungs-

partei des Bundes bei entsprechenden Gewinnen für die große Oppositionspartei des Bundes bei Landtagswahlen nur bis 1990. Die deutsche Wiedervereinigung markiert hingegen eine Zäsur. Die große Regierungspartei des Bundes verliert zwar bei Landtagswahlen innerhalb der Legislaturperiode weiter an Stimmen, die große Oppositionspartei kann jedoch seltener daraus Profit schlagen und einen eigenen Stimmengewinn verbuchen. Oppositions- wie Regierungspartei des Bundes folgen vielmehr beide demselben Muster: Ihre schlechtesten Landtagswahlergebnisse erzielen nun *beide* in der Hälfte der Legislaturperiode; am günstigsten schneiden sie direkt vor oder nach einer Bundestagswahl ab. Vor allem die kleinen Parteien können in der Mitte der Legislaturperiode ihre Ergebnisse deutlich verbessern. Hough/Jeffery (2003: 87) interpretieren ihre Ergebnisse als Anzeichen einer „gestiegenen territorialen Heterogenität der Bundesrepublik nach 1990“. Seit der Wiedervereinigung treten neue territoriale *Cleavages* auf. Vor dem Hintergrund neuer Konfliktlinien zwischen alten und neuen Bundesländern sowie eines stärker gewordenen Verteilungskampfes unter den alten Bundesländern als Folge der deutschen Vereinigung verändere sich das politische Spiel. Die großen Parteien können demnach den Spagat zwischen Bundes- und territorial unterschiedlichen Landesinteressen nicht mehr überzeugend umsetzen, wovon kleine, territorial auftretende Parteien profitieren. Damit verlieren nach Ansicht von Jeffery/Hough Landtagswahlen ihren untergeordneten, zweitrangigen Charakter. Landtagswahlen folgen nun eher einer landeseigenen Logik und Dynamik. Somit ist auch der Einfluss der Bundespolitik auf die Landespolitik nach 1990 geringer geworden.

Damit kommen Decker/Blumenthal und Jeffery/Hough trotz der Verwendung der Zeitvariablen als erklärende Variable für die Stimmenentwicklung der Regierungsparteien des Bundes bei Landtagswahlen zu entgegengesetzten Ergebnissen. Dies mag teilweise durch die unterschiedliche Operationalisierung der abhängigen Variablen in beiden Untersuchungen begründet sein. Decker/Blumenthal benutzen gewichtete aggregierte Gewinne und Verluste der Parteien von Landtagswahl zu Landtagswahl als zu erklärende Variable. Jeffery/Hough verwenden hingegen einen an Dinkel angelehnten, jedoch nicht identischen erwarteten Stimmenanteil, der die Ergebnisse einer Partei in einer Landtagswahl mit den Ergebnissen der vergangenen und folgenden Bundestagswahl in Beziehung setzt.³ Schwerer wiegt jedoch das einseitige methodische Vorgehen, das beide Analysen nur schwer vergleichbar macht. Sowohl Decker/Blumenthal, als auch Jeffery/Hough beschränken sich darauf, ihre Ergebnisse graphisch darzustellen, was eine Interpretation problematisch macht. Dinkels Regressionsanalyse hingegen eröffnet die Möglichkeit zur Einbeziehung von Kontrollvariablen und lässt Aussagen über Effektstärken, Signifikanzniveaus und die Höhe des Modell-Fits zu. Aus

3 Obwohl Jeffery/Hough (2001: 80; Hough/Jeffery 2003: 84) behaupten, ihre abhängige Variable gemäß dem Vorgehen von Dinkel zu berechnen, verwenden sie eine von Dinkel abweichende Berechnungsmethode. Ihre Berechnungen des erwarteten Stimmenanteils beziehen sich auf das arithmetische Mittel aus den Ergebnissen der Regierungsparteien bei den beiden Bundestagswahlen, die einer Landtagswahl voraus- bzw. nachfolgen. Dinkel hingegen verwendet eine lineare Trendberechnung (vgl. auch Abbildung 1 und Erläuterungen im Abschnitt 3).

diesem Grund werde ich im nächsten Abschnitt Dinkels Analyse für die Wahlergebnisse von 1976 bis 2002 berechnen. Daraus lassen sich verlässlichere Schlüsse über die Erklärungskraft der Zeitvariablen und die damit implizite Wirkung des Wahlzyklus auf das Ergebnis der Regierungsparteien in Landtagswahlen ziehen.

3 Der Einfluss des Wahlzyklus auf Landtagswahlen in Deutschland seit 1976

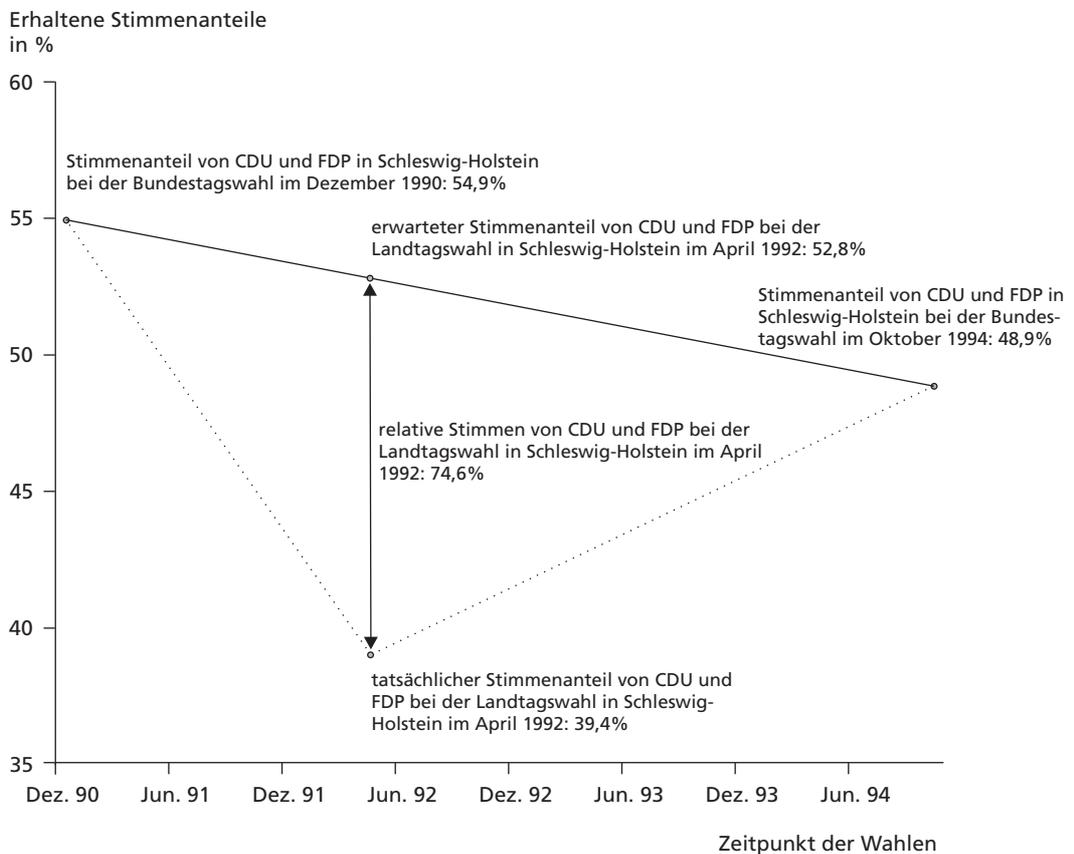
Laut Dinkel verlieren die Regierungsparteien des Bundes in Landtagswahlen fast durchgängig relativ an Stimmen, wobei der Stimmenverlust nicht über die Zeit konstant ist, sondern einem zyklischen Muster folgt. „Relativ verlieren“ heißt, dass die Regierungsparteien des Bundes „bei Landtagswahlen weniger Stimmen erhalten als sie erwarten könnten, wenn das Ergebnis der Landtagswahl genau den Trend in der Entwicklung der Stimmenverhältnisse bei Bundestagswahlen in diesem Bundesland widerspiegeln würde“ (Dinkel 1977: 349).

Abbildung 1 verdeutlicht die Berechnung der relativen Stimmen am Beispiel der Landtagswahl in Schleswig-Holstein vom 5. April 1992. Die regierenden Parteien im Bund (CDU/FDP) erhielten in Schleswig-Holstein in der Bundestagswahl 1990 54,9 Prozent, 1994 48,9 Prozent der abgegebenen gültigen Zweitstimmen. Wäre die Stimmenentwicklung zwischen den beiden Bundestagswahlen linear verlaufen und würde die Stimmabgabe bei den Landtagswahlen genau dem Bundestrend entsprechen (verdeutlicht durch die durchgezogene Gerade), hätten CDU und FDP zusammen 52,8 Prozent der Stimmen bei der Landtagswahl „erwarten“ können. Tatsächlich erhielten sie aber nur 39,4 Prozent der Stimmen. Dinkel setzt zur Berechnung der relativen Stimmen das tatsächliche Stimmergebnis (39,4 Prozent) mit den erwarteten Stimmen (52,8 Prozent) ins Verhältnis. Im Beispiel beträgt der relative Stimmenanteil damit 74,6 Prozent. Bei einem relativen Stimmanteil von 100 Prozent würde der tatsächlich erreichte Stimmenanteil genau dem erwarteten Stimmenanteil entsprechen; bei einem relativen Stimmenanteil von über 100 Prozent würden die Regierungsparteien ein besseres Ergebnis als im Bundestrend erwartet erzielen. Wären die Ergebnisse der Landtagswahlen unabhängig von den Bundestagswahlen, müssten die relativen Stimmenanteile zufällig um die 100 Prozent schwanken. Tatsächlich jedoch konnten die Regierungsparteien in der von Dinkel betrachteten Zeit von 1949 bis 1977 nur in zwei von 67 Landtagswahlen mehr Stimmen erreichen, als dem Trend der Bundestagswahlen entsprochen hätte.

In Anlehnung an das Wahlzyklusmodell ermittelt Dinkel, ob die relativen Stimmen einem zyklischen Verlauf unterliegen. Dazu prüft er folgende Regressionsgleichung auf ihre Erklärungskraft:

$$(1) \text{ Relative Stimmen} = a - bt + ct^2$$

Abbildung 1
Beispiel für die Berechnung der Stimmenanteile für die Regierungskoalition
(hier CDU/FDP in Schleswig-Holstein)



Dabei steht t für die Anzahl der Monate, die seit der letzten Bundestagswahl vergangen sind. Die Zeit wirkt so lange negativ auf die Stimmenanteile ein (verdeutlicht durch den Term $-bt$), bis der positive quadrierte Zeitfaktor (ct^2) die Stimmenanteile wieder steigen lässt. Der Faktor a steht für den unabhängig vom Zeitpunkt der Landtagswahl zu erwartenden Stimmenanteil.

Die Ergebnisse der Regressionsanalyse für die Zeit von 1949 bis 1976 bestätigten Dinkels Erwartungen: Die beiden Zeitkoeffizienten zeigen die erwarteten Vorzeichen und sind signifikant. Dinkel erweitert das Regressionsmodell zudem um drei Dummy-Variablen,⁴ von denen zwei signifikante Ergebnisse aufweisen. Regierungsparteien des Bundes, die in einem Bundesland den Ministerpräsidenten stellen, erleiden geringere Verluste. Der Amtsbonus eines beliebten Ministerpräsidenten kann damit den Nega-

⁴ In einem weiteren Schritt führt Dinkel weitere Variablen in das Modell ein. Da hier die Betonung auf der Erklärungskraft der Zeitvariablen liegt, wird nur die einfache Version des Dinkelmodells betrachtet.

Tabelle 1
Ergebnisse der Dinkel-Replikation für Wahldaten von 1976 bis 2002
Abhängige Variable: Höhe der relativen Stimmen

Variable	1949–1976 (Dinkels Ergebnisse) ^a	1976–2002	1976–1990	1990–2002
Konstante	92,2(**) (35,07)	92,59*** (21,37)	98,03*** (37,31)	86,63*** (9,55)
Zeit	-0,52(**) (-2,03)	-0,831** (-2,03)	-0,94*** (-3,62)	-0,66 (-0,77)
Zeit ²	0,01(**) (1,92)	0,02** (2,10)	0,02*** (3,44)	0,01 (0,89)
Amtsbonus (Dummy)	4,1(**) (2,78)	5,4* (1,88)	1,87 (0,97)	8,59* (1,66)
Regionale Parteien (Dummy)	-14,2(**) (-5,89)	-0,4 (-0,05)	(keine Beobachtungen)	2,12 (0,18)
Beobachtungen	67	78	36	42
R ² (adj.)	0,473	0,06	0,242	0,021

* $p \leq .10$ ** $p \leq .05$ *** $p \leq .01$ t-Test-Statistik in Klammern

Verkodung der dichotomen Variable – Amtsbonus: 0 = Regierungspartei im Bund stellt den Herausforderer bei den Landtagswahlen; 1 = Regierungspartei im Bund stellt den Ministerpräsidenten; regionale Parteien: 0 = rein regional auftretende Parteien erreichen unter 7,5% der Stimmen; 1 = rein regional auftretende Parteien erreichen über 7,5% der Stimmen.

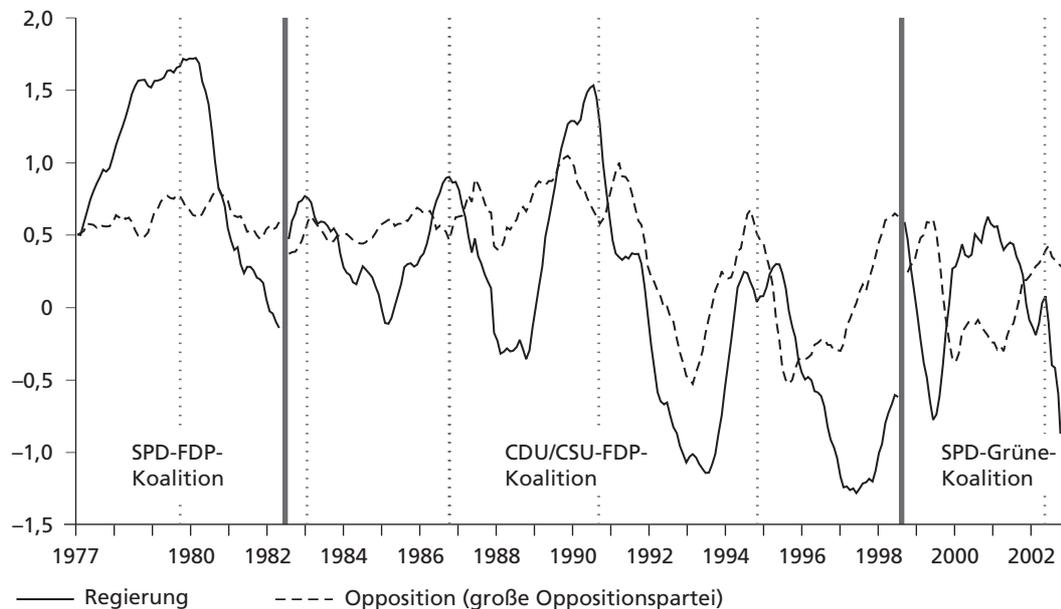
a Werte übernommen von Dinkel (1977: 351); Angaben der Signifikanzniveaus in Klammern, da Dinkel keine Angaben über die Höhe der Signifikanzen gibt.

tivtrend begrenzen. Die Verluste fallen signifikant höher aus, wenn eine rein regional auftretende Partei bei den Landtagswahlen über 7,5 Prozent der Stimmen erhält.

Berechnet man nun dieses Modell für die Landtagswahldaten von 1976 bis 2002, so fallen deutliche Unterschiede zu den Ergebnissen Dinkels ins Auge (Tabelle 1). Zunächst scheint die Höhe der Koeffizienten sehr ähnlich. Die Koeffizienten der Zeitvariablen verlieren allerdings ihre Signifikanzen. Damit einhergehend sinkt die erklärte Varianz, und damit ein wichtiges Maß für die Güte des Modells, drastisch ab. Berechnet man das Modell getrennt für die Zeitperiode vor und nach der deutschen Wiedervereinigung, fallen deutliche Unterschiede ins Auge. Der Wahlzyklus kann offenbar das Abschneiden der Regierungsparteien von 1976 bis 1990 noch recht gut erklären. Die Koeffizienten der Zeitvariablen sind hochsignifikant, nur die Dummyvariablen steigern die Erklärungskraft des Modells nicht mehr wie vor 1976. Nach 1990 zeigen die Vorzeichen der Zeitvariablen zwar noch in die vermutete Richtung, verlieren jedoch ihre Signifikanz. Daher fällt auch die Erklärungskraft des Modells extrem ab: Während man mit Dinkels Modell zwischen 1949 bis 1976 noch 47 Prozent der Varianz erklären kann, sinkt dieser Wert für die Zeitspanne von 1976 bis 2002 auf 24 Prozent. Nach der Wiedervereinigung scheint das Modell mit einer erklärten Varianz von annähernd Null keinerlei Erklärungskraft zu besitzen.⁵

5 Eine alternative Berechnung des Wahlzyklus findet sich bei van der Eijk (1987) oder Reif (1984). Dort wird eine Polynomfunktion der 3. Ordnung als Ausgangsgleichung verwendet: $y = a - bt - ct^2 + dt^3$. Ein solcher Wahlzyklus geht von einer längeren Schwächephase der Regie-

Abbildung 2
Zufriedenheit mit Regierung und Opposition,
gleitender 6-Monats-Durchschnitt für Westdeutschland



Quelle: Politikbarometer der Forschungsgruppe Wahlen.

Sind damit die Aussagen von Jeffery/Hough bestätigt? Eine vorschnelle Interpretation dieser Ergebnisse könnte zu der Annahme verleiten, dass sich die Landtagswahlen tatsächlich seit der Wiedervereinigung vom Einfluss der Bundespolitik losgelöst haben. Eine solche Schlussfolgerung ist jedoch an eine entscheidende Prämisse geknüpft: die Existenz eines Wahlzyklus. Dinkel verwendete die Zeitvariable, da er vom Vorhandensein eines Wahlzyklus ausging, wonach sich die Popularitätswerte der Regierung über die Legislaturperiode hinweg U-förmig gestalten (Dinkel 1977: 350). Damit gewinnt die Zeitvariable ihre Erklärungskraft allein durch ihre charakteristische Beschreibung der Popularitätswerte einer Regierung, die sich aus einer Vielzahl von Determinanten zusammensetzt. Sollte sich jedoch dieses wiederkehrende Muster von Stimmungswerten durch bestimmte Ereignisse oder veränderte Einflüsse nicht wiederholen, könnte die Zeitvariable ihre Erklärungskraft einbüßen, ohne dass damit der Einfluss der Bundespolitik auf die Landtagswahlen verschwunden wäre. Schon Kernell (1978: 509) wies darauf hin, dass Zeit ausschließlich Zeit misst und damit nur eine beschreibende, aber keine erklärende Variable sein kann.

rung aus: Die Popularitätsverluste sind nicht zum klassischen Midterm in der Hälfte der Legislaturperiode am größten, sondern nach etwa drei Viertel der Legislaturperiode. Obgleich die Ergebnisse für ein solches Modell besser ausfallen, kann auch dieses Wahlzyklusmodell die Ergebnisse nach 1990 nicht befriedigend erklären.

Ob man tatsächlich von der Existenz eines deutschen Wahlzyklus in Bezug auf die Regierungspopularität ausgehen kann, lässt sich relativ einfach an den Umfragedaten über die Regierungszufriedenheit ablesen. In Abbildung 2 ist die Entwicklung der Regierungs- und Oppositionspopularität dargestellt. Monatliche Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen⁶ sind die Datengrundlage der Berechnungen. Seit 1977 erhebt die Forschungsgruppe Werte über die Zufriedenheit mit der Bundesregierung mit Hilfe einer Variante der folgenden Frage (für die Oppositionspartei wird eine entsprechende Variante benutzt):

Sind Sie mit den Leistungen der Bundesregierung aus [Regierungsparteien] in Bonn/Berlin eher zufrieden oder eher unzufrieden? Beschreiben Sie dies mit Hilfe dieser Skala: +5 bedeutet, dass Sie mit der jetzigen Regierung in Bonn/Berlin voll und ganz zufrieden sind; -5 bedeutet, dass Sie mit dem, was die Regierung bisher geleistet hat, vollständig unzufrieden sind.

Bei der Betrachtung der Popularitätsentwicklung fällt eine deutliche Veränderung des Kurvenverlaufs seit 1990 ins Auge. Bis 1990 findet sich das Muster der Regierungszufriedenheit entsprechend dem Wahlzyklusmodell bestätigt: Die Regierungsparteien genießen in unmittelbarer Nähe des Wahltermins vergleichsweise hohe Zustimmungsraten, die jedoch parabelförmig absinken und in der Mitte der Wahlperiode ihren Tiefpunkt erreichen, um daraufhin wieder anzusteigen. Nach der Wiedervereinigung ändert sich das Bild. Nach dem deutlichen Wahlsieg stürzt die Regierung Kohl nach 1990 in ihrer Popularität drastischer ab als jede andere Regierung zuvor. Eine Erholung setzt erst kurz vor der Wahl ein: Doch nicht nach dem klassischen *Midterm* kann die Regierung wieder an Boden gewinnen, sondern erst kurz vor dem unmittelbaren Ende der Legislaturperiode. Ein ähnliches Bild zeigt sich für die letzte Amtszeit Helmut Kohls. Die Regierung Schröder verspielt ihre Popularität nach 1998 ähnlich schnell wie die Regierung Kohl 1990, kann jedoch diese Entwicklung erstaunlich schnell umkehren: Im Oktober 1999 zeigen die Zustimmungsraten der Regierung wieder aufwärts und stabilisieren sich bis Ende 2001 fast auf dem Niveau des Amtsantritts. Vor der Bundestagswahl 2002 gehen dann die Stimmungswerte nach unten, um kurz vor der Wahl wieder zuzulegen. Für die Zustimmungskurven der Regierung ergeben sich damit nach 1990 zwei wesentliche Unterschiede im Vergleich zu der Zeit vor der Wiedervereinigung: Erstens fallen die Regierungen fast immer unmittelbar nach der Wahl in ein Stimmungstief, wobei sich das Abfallen der Popularitätswerte bedeutend rasanter und fast linear entwickelt. Zweitens kann für die Legislaturperiode zwischen 1998 und 2002 überhaupt nicht mehr von einer klassischen U-Form gesprochen werden.

Nicht nur die Regierung, sondern auch die große Oppositionspartei zeigt veränderte Zustimmungsmuster seit 1990. Bis zur deutschen Wiedervereinigung kann man keine

6 Forschungsgruppe Wahlen e.V., Institut für Wahlanalysen und Gesellschaftsbeobachtung, Mannheim.

außergewöhnlichen Veränderungen erkennen. Die Aufmerksamkeit der Bevölkerung richtete sich ganz offensichtlich auf die Handlungen der Regierung, während die Oppositionspartei um einen nahezu konstanten Wert oszillierte. Seit 1990 schwanken die Zustimmungsraten der großen Oppositionspartei jedoch in einem fast ähnlich hohen Ausmaß wie die der Regierung, wobei die Oppositionskurve interessanterweise viel eher dem Wahlzyklus entspricht als die der Regierung.

In Anbetracht dieser Entwicklung wird verständlich, warum die reinen Zeitvariablen nach 1990 ihr Potential für die Erklärung der Landtagswahlergebnisse einbüßen. Die ursprünglich relevante Frage in Bezug auf die Interdependenz zwischen Bundes- und Landtagswahlergebnissen stellt sich aber weiterhin: Schneiden die Regierungsparteien der Regierungskoalition in Landtagswahlen systematisch schlechter ab, wenn ihre Popularität sinkt? Um diese Frage zu beantworten, muss die *Regierungspopularität*, die als Wirkungsmechanismus mit dem Wahlzyklus antizipiert wurde, direkt und nicht über den problematischen Proxy des zeitlichen Abstands von der Bundestagswahl untersucht werden. Bisher wurden in keiner Analyse abstrahiert vom Einzelfall Zufriedenheitsdaten der Parteien oder der Regierung mit den Ergebnissen auf Landesebene in Verbindung gebracht.⁷ Dies erscheint umso erstaunlicher, da in der internationalen Literatur für ein solches Vorgehen bereits theoretische Erklärungen und auch einzelne empirische Studien existieren. Aus diesem Grund werde ich zunächst die für den deutschen Fall wesentliche internationale Literatur kurz vorstellen, um daraus Hypothesen für das Abschneiden der Regierungsparteien in Landtagswahlen zu formulieren, die im Anschluss daran getestet werden.

4 Die Referendumstheorie zur Erklärung von Wahlergebnissen innerhalb der Legislaturperiode einer Regierung

Das Phänomen, wonach Regierungsparteien bei Zwischenwahlen, Wahlen zur zweiten Kammer oder Nachwahlen innerhalb der Legislaturperiode teils erhebliche Stimmenverluste erleiden, kennt man aus vielen westlichen Demokratien. Eine der unterschiedlichen Erklärungen für diese empirische Regelmäßigkeit bezieht sich auf die Veränderung der Popularität einer Regierung innerhalb der Legislaturperiode. In Anlehnung an Mughan (1986) und Erikson (1988) bezeichne ich diese Erklärungen als „Referendumstheorie“. Einfach formuliert besagt diese Theorie, dass die Regierungsparteien umso mehr Stimmen bei Wahlen innerhalb der Legislaturperiode verlieren, je schlechter ihre Regierungsarbeit beim Wähler zu diesem Zeitpunkt wahrgenommen oder beurteilt wird.

7 Die einzige Ausnahme bilden Anderson/Ward (1996), die jedoch nicht die Stimmenentwicklung der Regierungsparteien von Bundestagswahl und Landtagswahl untersuchen, sondern die Gewinne oder Verluste der Regierungsparteien von Landtagswahl zu Landtagswahl.

Für die USA brachte Tufte (1975: 1978) als erster die Popularität des Präsidenten direkt mit dem Stimmenverlust seiner Partei bei den Midterm-Wahlen zum amerikanischen Kongress in Verbindung.⁸ Es gleicht beinahe einem „empirischen Gesetz“, wonach die Partei des Präsidenten in den Midterm-Wahlen an Stimmen verliert. Seit dem amerikanischen Bürgerkrieg (1861–65) gelang es der Präsidentenpartei nur in 3 von 35 Midterm-Wahlen (1934, 1998 und 2002), mehr Stimmen zu gewinnen als in der vorangegangenen Kongresswahl, die im gleichen Jahr mit der Präsidentenwahl abgehalten wurde („on-year-election“). Nach Tufte können Midterm-Kongresswahlen als Referendum über die Arbeit des Präsidenten und der Regierung, insbesondere in Bezug auf die Wirtschaftspolitik, verstanden werden. Der Verlust, den die Partei des Präsidenten zum Midterm erleidet, ist demnach umso höher, je geringer die Popularität des Präsidenten zum Zeitpunkt der Midterm-Wahl ist. Die Referendumstheorie wurde unter anderen von Kernell (1977), Jacobson/Kernell (1981), Lewis-Beck/Rice (1984), Abramowitz et al. (1986), Oppenheimer et al. (1986) und J. E. Campbell (1991) weiterentwickelt. Die einseitige Erklärung der Ergebnisse der Midterm-Wahlen durch die Popularität des Präsidenten und der ökonomischen Performanz ist vor allem durch Untersuchungen zum Wahlverhalten, die auf der Analyse von individuellen Umfragedaten und nicht auf Aggregatdaten aufbauen, kritisiert worden (Ragsdale 1980; Mann/Wolfinger 1980). Kontrovers wurde auch die Betonung der wirtschaftlichen Erklärungsvariablen in der Referendumstheorie diskutiert (Jacobson 1990; Erikson 1990a, 1990b). Die Referendumstheorie erlebte nach den Midterm-Erfolgen der Clinton-Administration 1998 und der Bush-Regierung 2002 eine Renaissance. Unter beiden Präsidenten wurde ein Midterm-Verlust verhindert und ein leichter Stimmengewinn im Senat erreicht. Wegen der hohen Popularität der Präsidenten B. Clinton und G. W. Bush sehen Jacobson (2003) und J. E. Campbell (2003) die Midterm-Wahlen von 1998 und 2002 in Einklang mit der Referendumstheorie.

Auch bei den britischen Nachwahlen („by-elections“) muss die Regierungspartei in fast allen Fällen deutliche Verluste in Kauf nehmen. Mughan (1986, 1988) testet verschiedene politische Erklärungsmodelle für das Abschneiden der Regierungspartei in den britischen „by-elections“. Die Modelle beinhalten Maße für die Regierungszufriedenheit, die Höhe der Wahlbeteiligung und kandidatenpezifische Variablen. Die Ergebnisse sind weitgehend konsistent mit der Referendumstheorie: Modelle, die die Regierungspopularität berücksichtigen, erzielen die höchste Erklärungskraft. Demnach verliert der Kandidat der Regierungspartei insbesondere dann substantiell an Stimmenanteilen, wenn sich die Regierung in einem Stimmungstief befindet. Ähnliche

8 Die Legislative (der Kongress) setzt sich in den USA aus zwei Kammern zusammen: dem Senat und dem Repräsentantenhaus. Aus jedem Bundesstaat werden zwei Senatoren auf sechs Jahre gewählt. Die 435 Abgeordneten des Repräsentantenhauses werden von den Bundesstaaten entsprechend ihrer Einwohnerzahl alle zwei Jahre gewählt. Damit finden alle zwei Jahre Kongresswahlen statt, in denen das komplette Repräsentantenhaus sowie ein Drittel des Senats (33 Senatoren) gewählt werden. Alle vier Jahre fallen die Wahlen zum Kongress mit der Präsidentenwahl zusammen („on-year elections“); die Kongresswahlen zwischen den Präsidentschaftswahlen werden auch als „midterm elections“ bezeichnet.

Ergebnisse erhalten Feigert/Norris (1990) außer für Großbritannien auch für Kanada, nicht jedoch für Nachwahlen in den USA und Australien.

Auch bei der Analyse der Wahlen zum Europäischen Parlament wird ein Popularitätsverlust der nationalen Regierungsparteien mit deren schlechten Abschneiden bei Europawahlen im Vergleich zur vorangegangenen nationalen Wahl in Verbindung gebracht. Reif (1984) sowie Marsh (1998) untersuchen im Rahmen von Reif/Schmitts (1980) Analyseansatz der Haupt- und Nebenwahlen („first and second order elections“) ähnlich wie Dinkel die Auswirkung des Wahlzyklus auf das Wahlergebnis der Regierungsparteien bei den Europawahlen. Dabei unterstellen auch sie den typischen Verlauf der Popularitätskurve einer Regierung entsprechend dem Wahlzyklus und benutzen damit Annahmen der Referendumstheorie.

5 Landtagswahlen als Referendum über die Bundespolitik

In Anlehnung an die Referendumstheorie können Landtagswahlen als Referenden über die Arbeit der Bundesregierung begriffen werden. Wähler können Landtagswahlen als Protest gegen eine ihres Erachtens verfehlte Bundespolitik nutzen oder eine erfolgreiche Bundespolitik „belohnen“. Die Regierungsparteien würden demnach relativ zur vorangegangenen Bundestagswahl bei Landtagswahlen schlecht abschneiden, wenn ihre Popularitätswerte im Vergleich zur Bundestagswahl gesunken sind. Um die Erklärungskraft der Referendumstheorie für den deutschen Fall zu testen, muss folgende Hypothese überprüft werden:

Je stärker die Zustimmung der Bevölkerung zur Arbeit der Bundesregierung seit der Landtagswahl vorangegangenen Bundestagswahl abgenommen hat, mit desto höheren Verlusten müssen die Regierungsparteien im Vergleich zur letzten Bundestagswahl auf Landesebene rechnen.

Anhand eines Tests der Referendumshypothese für den deutschen Fall können Anhaltspunkte über das Ausmaß der bundespolitischen Durchdringung der Landtagswahlen gewonnen werden. Je besser die Referendumstheorie das Abschneiden der Regierungskoalition des Bundes auf Landesebene erklärt, umso stärker beeinflusst die Bundespolitik die Landtagswahlentscheidung. Ebenso kann anhand der Ergebnisse die These einer Verringerung des bundespolitischen Einflusses auf die Landtagswahlentscheidung seit 1990 geprüft werden. Keine Einzelbetrachtung finden in der hier zugrunde gelegten Interpretation der Referendumstheorie wirtschaftliche Faktoren wie die Höhe der Arbeitslosigkeit, der Inflation oder die Entwicklung des Wirtschaftswachstums. Aus zwei Gründen werden diese Variablen nicht in die statistische Analyse aufgenommen: Erstens wird die Wirtschaftspolitik in die Beurteilung einer Regierung bei der Bevölkerung einfließen und damit teilweise über die Betrachtung der Zufrie-

denheit erfasst. Zweitens können bisherige Studien keinen Zusammenhang zwischen dem Abschneiden der Regierungsparteien des Bundes bei Landtagswahlen und den wirtschaftlichen Erfolgen oder Misserfolgen einer Bundesregierung aufzeigen (vgl. insbesondere Lohmann et al. 1997).

Die der Referendumstheorie angelehnte Hypothese soll jedoch nicht suggerieren, dass Landtagswahlen *ausschließlich* ein Produkt bundespolitischer Stimmungen sind. Die Bedeutung landesspezifischer Themen und Personen ist für den Ausgang einer Landtagswahl nicht zu unterschätzen. Für die hier untersuchte Fragestellung könnte besonders die Parteizugehörigkeit des amtierenden Ministerpräsidenten einen Einfluss auf das Abschneiden der Regierungsparteien haben. Beliebte „Landesväter“ oder „Landesmütter“ schaffen es immer wieder, dem Stimmungstrend einer Partei auf Bundesebene bei Landtagswahlen zu trotzen. Nicht selten geschieht dies auch mit bewusster Abgrenzung zur eigenen Partei auf Bundesebene. Allgemein könnte man davon ausgehen, dass die große Regierungspartei dann weniger Verluste bei einer Landtagswahl erleidet, wenn sie bei der Landtagswahl mit einem populären Ministerpräsidenten antritt. Weitere landesspezifische Faktoren, die das Landtagswahlergebnis beeinflussen, können jedoch nicht in eine vergleichende Analyse von Landtagswahlen über einen Zeitraum von 25 Jahren integriert werden. Es ist jedoch nicht anzunehmen, dass diese systematisch zugunsten oder zuungunsten der Regierungsparteien im Bund wirken. Daher sollte die Nichtbetrachtung weiterer landesspezifischer Variablen lediglich die Erklärungskraft des Modells verringern, nicht aber einen Einfluss auf die Aussagen über die Wirkungsweise der Regierungszufriedenheit haben.

Datengrundlage

Meine Berechnungen erstrecken sich auf die Zeitspanne von 1976 bis 2002. Im Gegensatz zu Dinkels Berechnungen benutze ich nicht die erwarteten Stimmen bei Landtagswahlen als abhängige Variable, sondern den relativen Stimmenanteil der Regierungsparteien des Bundes bei Landtagswahlen in Bezug zur jeweils vorangegangenen Bundestagswahl.⁹ Haben die Regierungsparteien im Bund zum Beispiel bei der Bundestagswahl 1994 im betrachteten Bundesland zusammen 56 Prozent, bei einer Land-

9 Da Dinkel von einem bestimmten determinierten Wahlzyklus innerhalb der Legislaturperiode ausgeht, berechnet er den erwarteten Stimmenanteil der Regierungspartei bei einer Landtagswahl in Bezug auf das vergangene wie auch auf das der Landtagswahl folgende Ergebnis der Regierungsparteien bei der Bundestagswahl im betreffenden Bundesland. Die Referendumstheorie geht jedoch streng genommen von einer rein retrospektiven Betrachtung aus und trifft keine Annahmen über einen bestimmten Wahlzyklus. Daher genügt es, die abhängige Variable in Bezug auf die Ergebnisse der vergangenen Bundestagswahl zu berechnen. Neben dem Vorteil einer leichteren Interpretierbarkeit der Ergebnisse bietet das Modell zudem eine bessere Prognosefähigkeit und entspricht dem Vorgehen in der internationalen Literatur.

tagswahl 1995 jedoch nur 50 Prozent erhalten, dann beträgt der relative Stimmenverlust 11 Prozent und damit der relative Stimmenanteil 89 Prozent. Gelingt es den Regierungsparteien des Bundes, mehr Stimmen als bei der vorangegangenen Bundestagswahl auf sich zu vereinigen, dann liegt der relative Stimmenanteil über 100 Prozent. Dies war lediglich bei 6 von 78 Landtagswahlen zwischen 1977 bis 2002 der Fall. Im Durchschnitt liegt der relative Stimmenanteil bei 87 Prozent. Wahlen zum Berliner Senat sowie die Landtagswahlen der neuen Bundesländer werden erst ab 1994 in die Berechnungen integriert, da die ersten ostdeutschen Landtagswahlen vor der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl im Dezember 1990 stattfanden, was eine Berechnung der relativen Stimmen unmöglich macht.

Für die Messung der unabhängigen Variable „Regierungszufriedenheit“ liegen mit den Daten der Forschungsgruppe Wahlen ein zuverlässiges und seit 1977 monatlich erhobenes Maß für die Regierungspopularität vor. Die Änderung der Regierungszufriedenheit zum Zeitpunkt einer Landtagswahl wird über die Differenz der Popularitätswerte zwischen dem Zeitpunkt der einer Landtagswahl vorausgegangenen Bundestagswahl und dem Zeitpunkt der Landtagswahl berechnet und bezieht sich auf das bundesdeutsche (also nicht länderspezifische) Stimmungsbild.¹⁰ Bei der Berechnung wird jeweils ein rückblickender Dreimonatsdurchschnitt verwendet, in Erwartung, dass der Wähler seine Wahlentscheidung nicht ausschließlich vom Stimmungsbild des Wahlmonats abhängig macht. Die Forschungsgruppe Wahlen stellt seit 1990 für West- und Ostdeutschland getrennte Samples zur Verfügung. Um die unterschiedlichen Stimmungsbilder in Ost und West zu beachten, werden jeweils entsprechende Daten für die alten beziehungsweise neuen Bundesländer verwendet. Eine Ausnahme bilden die Jahre 1996 bis 1998, in denen keine getrennten Stichproben erhoben wurden. Die ost- und westdeutschen Zustimmungswerte wurden dort aus dem bundesdeutschen Sample generiert. Für die Stadt Berlin wurde entsprechend der Einwohnerzahl ein Durchschnitt errechnet. Die so generierte Variable spiegelt damit die Höhe des Popularitätsverlustes seit der Bundestagswahl zum Zeitpunkt der Landtagswahl wider. Vereinzelt fehlende monatliche Zufriedenheitswerte wurden durch lineare Interpolation ersetzt.

Die Grundlage der Berechnungen bildet das Verhältnis zwischen dem Ergebnis der Regierungsparteien bei Landtagswahlen und dem Ergebnis der Regierungsparteien bei der der Landtagswahl vorangegangenen Bundestagswahl im betreffenden Bundesland für 78 Landtagswahlen. Der Test der Referendumshypothese erfolgt mit Hilfe einfacher OLS-Regression.

10 Da Zufriedenheitsdaten der Forschungsgruppe Wahlen erst ab März 1977 vorliegen, können die Differenzwerte für die gesamte 8. Legislaturperiode (10 Landtagswahlen) nicht berechnet werden. Um diese Landtagswahlen nicht aus der Analyse auszuschließen, wurde ein Popularitätswert für die Bundestagswahl 1976 antizipiert (dieser liegt bei 1.25), der sich mit vergleichbaren Umfragen (zum Beispiel des Instituts für Demoskopie in Allensbach) deckt. Schließt man die betroffenen Landtagswahlen aus der Berechnung aus, verändern sich weder die Koeffizienten noch die Signifikanzniveaus wesentlich.

Test der Referendumshypothese – die Regierungsparteien im Bund

Tabelle 2 zeigt die Regressionsergebnisse für den Test der Referendumshypothese für die Zeitspanne von 1976 bis 2002 sowie getrennt für die Zeitperioden vor und nach der deutschen Wiedervereinigung. Die Ergebnisse stützen deutlich die Hypothese über den Zusammenhang zwischen dem Verlust an Regierungspopularität und dem Abschneiden der Regierungsparteien bei Landtagswahlen. Je stärker die Popularität der Bundesregierung im Vergleich zur vorangegangenen Bundestagswahl fällt, desto höher sind die Verluste der Regierungsparteien des Bundes in Landtagswahlen. Unabhängig davon müssen die Regierungsparteien einen autonomen Stimmenverlust hinnehmen, ihr relativer Stimmenanteil liegt per se nur bei etwa 91 Prozent. Aufgefangen werden kann der Verlust teilweise, wenn die Regierungsparteien des Bundes über den Amtsinhaberbonus in einem Bundesland verfügen: Stellt die große Regierungspartei des Bundes auch den Ministerpräsidenten auf Landesebene, verringert sich ihr Stimmenverlust. Ein fiktives Beispiel soll die Wirkungskraft der Variablen verdeutlichen: Angenommen, die Regierungsparteien erreichen bei einer Bundestagswahl 54 Prozent der gültigen Zweitstimmen in einem Bundesland. In der der Bundestagswahl folgenden Landtagswahl könnten sie unabhängig von der bundespolitischen Stimmung nur mit 49,2 Prozent der Zweitstimmen rechnen. Hat sich die Popularität der Bundesregierung zudem um 0,56 Punkte verringert (dies entspricht dem durchschnittlichen Verlust an Regierungszufriedenheit zwischen 1976 und 2002), müssten die Regierungsparteien zusätzlich einen Verlust von 3,4 Prozentpunkten hinnehmen, was einem Gesamtergebnis von 45,8 Prozent entsprechen würde. Stellen die Regierungsparteien den Ministerpräsidenten, könnten sie aufgrund des Amtsbonus mit einer Abfederung des Verlusts um 2,5 Prozent rechnen. Trotz der Sparsamkeit des Modells kann es 46 Prozent der Varianz der relativen Stimmen erklären.

Tabelle 2
Einfluss des Popularitätsverlustes der Regierungsparteien auf das Landtagswahlergebnis der Regierungsparteien im Zeitvergleich

	1976–2002	1976–1990	1990–2002
Konstante	91,15*** (47,78)	91,61*** (60,731)	92,78*** (21,30)
Popularitätsverlust	-11,38*** (-7,83)	-8,96*** (-4,99)	-13,06*** (-4,76)
Amtsbonus	4,71** (2,06)	2,01 (0,95)	5,65 (1,38)
Beobachtungen	78	36	42
R ² (adj.)	0,4642	0,3958	0,4253

* p ≤ .10 ** p ≤ .05 *** p ≤ .01 t-Test-Statistik in Klammern

Verkodung der dichotomen Variable – Amtsbonus: 0 = Regierungspartei im Bund stellt den Herausforderer bei den Landtagswahlen; 1 = Regierungspartei im Bund stellt den Ministerpräsidenten.

Auf den ersten Blick ist der hohe Popularitätsverlust der Regierungsparteien des Bundes unabhängig von der bundespolitischen Stimmungslage erstaunlich. Dass Regierungsparteien unabhängig von anderen Variablen Stimmenverluste zu verkraften haben, ist jedoch kompatibel mit einer Reihe von Theoriesträngen: Das statistische Phänomen „Regression zum Mittelwert“ könnte eine Erklärung für das stetig schlechtere Abschneiden der Regierungsparteien des Bundes sein. In Anlehnung an A. Campbells Theorie (1960) vom „Aufstieg und Niedergang“ („surge and decline“) ist es wahrscheinlich, dass die Regierungsparteien bei der Bundestagswahl ein ausgesprochen gutes Ergebnis erzielen. Daher ist zu vermuten, dass sie in den darauf folgenden Landtagswahlen eher schlechter abschneiden. Weitere Erklärungsthesen bieten die von Reif/Schmitt (1980) gemachten Überlegungen zu Europawahlen. Überträgt man ihre Thesen auf die Logik von Landtagswahlen, könnte man sie als „Nebenwahlen“ („second order elections“) bezeichnen, die der Wähler als weniger wichtig einstuft als die als „Hauptwahlen“ („first order elections“) verstandenen Bundestagswahlen. Sympathisanten kleiner Parteien, die nicht im Bundestag vertreten sind, können bei Bundestagswahlen eine der renommierten Parteien wählen, um ihre Stimme nicht „zu verschwenden“, und bei den als weniger relevant betrachteten Landtagswahlen ihre eigentlich favorisierte Partei unterstützen (Reif 1984: 276). Das schlechtere Abschneiden von Regierungsparteien des Bundes bei Landtagswahlen lässt sich mit der geringeren Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen begründen. Regierungsparteien des Bundes können ihre Wähler im Vergleich zur vorausgegangenen Bundestagswahl schwerer mobilisieren und schneiden infolgedessen bei den Landtagswahlen systematisch schlechter ab (vgl. auch Mughan 1986: 764; Reif/Schmitt 1980: 10). Alesina/Rosenthal (1989, 1995) schlagen einen anderen Wirkungsmechanismus vor: Strategische Wähler stärken in Zweikammer-Regierungssystemen unabhängig von der Arbeit der Regierungspartei die Opposition in der Hoffnung auf moderate Politikergebnisse.

Betrachtet man den Einfluss der Regierungszufriedenheit im Zeitablauf, so kann man *keinen* klaren Einschnitt nach der deutschen Wiedervereinigung feststellen. Ein Popularitätsverlust der Regierungsparteien führt auch nach 1990 zu einem signifikant schlechteren Abschneiden der Regierungsparteien bei Landtagswahlen. Dieser Trend scheint sogar nach der Wiedervereinigung zuzunehmen, die Effektstärke der Variable steigt von $-8,96$ auf $-13,06$. Allerdings ist es erstaunlich, dass die Amtsbonus-Variable ihre Signifikanz bei der getrennten Betrachtung verliert und die Erklärungskraft der getrennt berechneten Modelle geringer ist.

In den Regressionsrechnungen wurde bisher keine Unterscheidung zwischen Landtagswahlen in den alten und neuen Bundesländern getroffen. Das Wahlverhalten in Ostdeutschland unterscheidet sich jedoch offenkundig von dem in Westdeutschland. Während etwa 70 Prozent der westdeutschen Bevölkerung sich mit einer politischen Partei identifizieren, tun dies in Ostdeutschland lediglich 50 Prozent; zudem sind die Parteibindungen deutlich unbeständiger (unter anderen Arzheimer/Falter 2002). Da das stabilisierende Element der Parteiidentifikation fehlt, zeigen Ostdeutsche bei ihrer Wahlentscheidung eine größere Wechselbereitschaft. Der aktuellen Tagespolitik und

Tabelle 3
Einfluss des Popularitätsverlustes der Regierungsparteien auf das Landtagswahlergebnis der Regierungsparteien im Regionen- und Zeitvergleich

	West 1976–2002	Ost 1990–2002	West 1976–1990	West 1990–2002
Konstante	93,09*** (74,38)	69,75*** (7,27)	91,61*** (60,73)	96,98*** (37,79)
Popularitätsverlust	-8,15*** (-7,82)	-14,16** (-2,74)	-8,96*** (-4,99)	-10,04*** (-5,82)
Amtsbonus	1,11 (0,69)	29,50*** (3,57)	2,01 (0,351)	-0,28 (-0,11)
Beobachtungen	63	12	36	27
R ² (adj.)	0,4928	0,73	0,3958	0,5672

* $p \leq .10$ ** $p \leq .05$ *** $p \leq .01$ t-Test-Statistik in Klammern

Verkodung der dichotomen Variable – Amtsbonus: 0 = Regierungspartei im Bund stellt den Herausforderer bei den Landtagswahlen; 1 = Regierungspartei im Bund stellt den Ministerpräsidenten.

dem Image der Spitzenpolitiker kommt dabei eine besonders tragende Rolle zu (Arzheimer/Falter 2002: 33). Man könnte daher vermuten, dass sowohl die Effekte der Bundespolitik als auch der Amtsbonus eines Ministerpräsidenten einen deutlich höheren Einfluss in Ost- als in Westdeutschland ausüben.

Das Ergebnis der nach Regionen und Zeitperioden getrennt berechneten Regression untermauern diese Vermutungen (Tabelle 3). Die Amtsbonusvariable hat in Ostdeutschland einen viel stärkeren Einfluss als in den alten Bundesländern. Aber auch die Änderung der Regierungszufriedenheit hat eine deutlich stärkere Bedeutung für das Abschneiden der Regierungsparteien. Allein diese zwei Variablen können weit über 70 Prozent des relativen Abschneidens der Regierungsparteien bei ostdeutschen Landtagswahlen erklären. Allerdings ist bei der Interpretation dieser Ergebnisse Vorsicht geboten: Die kurze Zeitspanne seit der Wiedervereinigung und die oftmals fünfjährigen Legislaturperioden in ostdeutschen Ländern beschränken die Fallzahl auf lediglich zwölf Landtagswahlen. Dabei wird die Regression von den drei Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern getrieben, die zeitgleich zur Bundestagswahl stattfanden. Die anstehenden Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg im Jahre 2004 könnten Hinweise auf die Robustheit der Ergebnisse liefern.

In den westdeutschen Bundesländern können Ministerpräsidenten bedeutend weniger auf ihren Amtsbonus vertrauen: die Variable hat keinen signifikanten Einfluss auf das Abschneiden der Regierungsparteien¹¹. Hingegen zeigt sowohl vor als auch nach 1990

11 Dabei muss man beachten, dass der Amtsbonus-Dummy *nicht* den eigentlichen „Amtsbonus“ misst. Denn nicht die tatsächliche Popularität des Ministerpräsidenten wird bei dieser Variablen erfasst, sondern allein die Tatsache, ob der Ministerpräsident eines Bundeslandes der Regierungspartei des Bundes angehört. Die Landeswahlstudien der Forschungsgruppe Wahlen geben Auskunft über die Popularität amtierender Ministerpräsidenten, liegen aber nicht für alle betrachteten Landtagswahlen vor.

das Stimmungsbild der Regierung signifikante Auswirkungen auf die Wahlentscheidung, bei leicht zunehmender Tendenz (der Koeffizient steigt von $-8,96$ auf $-10,04$) und steigender Erklärungskraft (R^2 steigt von 40 auf 57 Prozent). Diese Ergebnisse sprechen der These einer abnehmenden bundespolitischen Durchdringung der Landtagswahlen von Jeffery/Hough klar entgegen. Die Bundespolitik hat vielmehr seit 1990 eine größere Rolle bei der Landtagswahlentscheidung gespielt. Gerade in den neuen Bundesländern ist der Einfluss der Bundespolitik auf die Wahlentscheidung bei Landtagswahlen besonders hoch, auch wenn gleichzeitig beliebte Ministerpräsidenten dem negativen Trend auf Bundesebene trotzen können. Damit bestätigen die Ergebnisse die wesentlichen Aussagen der Referendumstheorie. Ob dieselbe Logik auch auf die Oppositionsparteien angewandt werden kann, werde ich in einem letzten Analyseschritt untersuchen.

Test der Referendumshypothese – die Oppositionspartei im Bund

Profitieren die Oppositionsparteien im selben Umfang von schlechten Umfragewerten der Regierung, wie die Regierungsparteien davon Schaden nehmen? Ein Blick zurück auf die Popularitätskurven von Regierung und Opposition (Abbildung 2) lässt Zweifel aufkommen, ob dieser Zusammenhang so einfach besteht. Da auch die Oppositionsparteien seit der Wiedervereinigung deutliche Stimmungseinbrüche hinnehmen mussten, wird ihr Erfolg bei Landtagswahlen auch von ihrer eigenen bundespolitischen Popularitätskurve abhängen. Im Anschluss an die Referendumstheorie lässt sich folgende Hypothese ableiten:

Je stärker die Zustimmung der Bevölkerung zur Arbeit der Bundesregierung seit der der Landtagswahl vorausgegangenen Bundestagswahl fällt, mit desto höheren Gewinnen können die Oppositionsparteien auf Landesebene rechnen. Sinkt jedoch ihre eigene Zustimmung auf Bundesebene, wirkt sich dies negativ auf ihr Abschneiden bei Landtagswahlen aus.

Ich prüfe diese These ausschließlich für die große Oppositionspartei im Bund. Die Operationalisierung und die Berechnung folgen dem für die Regierungsparteien beschriebenen Vorgehen. Da die Variablen zum Popularitätsverlust der Bundesregierung und der Bundesopposition nicht als unabhängig voneinander angenommen werden können, wird eine getrennte Berechnung vorgenommen. Um die mögliche Interdependenz beider Variablen zu beachten, wird in einer dritten Regressionsanalyse die Differenz aus dem Popularitätsverlust der Regierung und dem Popularitätsverlust der Opposition als unabhängige Variable eingeführt. Der Amtsbonus wird nach der unbefriedigenden Erklärungskraft dieser Variablen für Westdeutschland nicht in die Berechnung aufgenommen. Tabelle 4 gibt einen Überblick über die Ergebnisse.

Tabelle 4
Einfluss der Regierungs- und Oppositionspopularität auf das Landtagswahlergebnis
der großen Bundesoppositionspartei

	1976–2002 Gesamtdeutschland			1976–2002 Westdeutschland		
	Konstante	103,67*** (40,29)	108,50*** (51,92)	99,07*** (47,74)	104,41*** (51,815)	1,0641*** (62,68)
Popularitätsverlust der Bundesregierung	11,57*** (4,33)			5,13** (2,29)		
Popularitätsverlust der Opposition (große Partei)		-18,76*** (-4,74)			-9,55*** (-4,23)	
Popularitätsverlust der Regierungspartei – Popularitätsverlust der Opposition			17,22*** (8,79)			11,46*** (5,24)
Beobachtungen	78	78	78	63	63	63
R ² (adj.)	0,1874	0,21835	0,4977	0,0638	0,0971	0,2990

* $p \leq .10$ ** $p \leq .05$ *** $p \leq .01$ t-Test-Statistik in Klammern

Sowohl ein Popularitätsverlust der Bundesregierung als auch der Bundesopposition zeigen die erwarteten Resultate: Während ein Popularitätsverlust der Bundesregierung im Vergleich zur vergangenen Bundestagswahl der Oppositionspartei des Bundes bei einer Landtagswahl nützt, schadet ihr ein eigener Popularitätsverlust auf Bundesebene bei Landtagswahlen. Beide Variablen bleiben aber mit einer erklärten Varianz von etwa 20 Prozent deutlich hinter den Ergebnissen für die Regierungsparteien zurück. Deutlich höheres Erklärungspotential besitzt jedoch die Variable, die beide Einflussfaktoren berücksichtigt. Je günstiger sich der Abstand zwischen Regierungs- und Oppositionszufriedenheit seit der Bundestagswahl für die Bundesopposition entwickelt hat, desto besser schneidet sie bei einer Landtagswahl ab. Eine vergleichbare Analyse der Ergebnisse der Regierungsparteien ergab keine ähnlich starke und robuste Beziehung. Möglicherweise steht die Opposition im Fokus der Wähler stärker in einer Wechselbeziehung zwischen der Regierungs- und Oppositionswahrnehmung. Die Regierungsparteien werden offenbar relativ unabhängig von der Oppositionszufriedenheit bei Landtagswahlen bestraft. Die Oppositionsparteien hingegen erreichen vor allem dann substantielle Zugewinne in Landtagswahlen, wenn sich ihre Popularität relativ zur Bundesregierung verbessert.

Wiederum sind die Ergebnisse stark von den Landtagswahlen in den neuen Bundesländern beeinflusst. Eine Berechnung der Regressionen ausschließlich für Westdeutschland zeigt abnehmende Effektstärken der Variablen und einen deutlich verringerten Modell-Fit. Vergleicht man die Güte der Modelle, kann die Referendumshypothese die Ergebnisse der Regierungsparteien des Bundes bei Landtagswahlen in Abhängigkeit von der bundespolitischen Stimmung der Parteien besser erklären, als dies für die Bundesopposition der Fall zu sein scheint.

6 Schlussbetrachtung

In diesem Artikel bin ich der Frage nachgegangen, inwieweit und in welchem Ausmaß die Bundespolitik einen Einfluss auf das Ergebnis von Landtagswahlen ausübt. Dabei stand vor allem das Abschneiden der Regierungsparteien des Bundes bei Landtagswahlen im Mittelpunkt. Frühere Analysen betrachteten im Vertrauen auf die Existenz eines autonomen Wahlzyklus die Terminierung einer Landtagswahl als erklärende Variable für das Ergebnis der Parteien der Bundesregierung bei Landtagswahlen. Seit 1990 haben sich die Popularitätsverläufe von Bundesregierung wie Bundesopposition jedoch insoweit verändert, dass ein Wahlzyklus für die Bundesrepublik nach 1990 nicht mehr bestätigt werden kann. Eine Folge dieser Entwicklung ist, dass die Zeitvariable als autonomer Erklärungsmechanismus für die Analyse der bundespolitischen Durchdringung der Landtagswahlen weitgehend unbrauchbar geworden ist. Dies bedeutet jedoch nicht, dass der Einfluss der Bundespolitik auf die Landtagswahlen zurückgegangen ist. Meine Ergebnisse haben gezeigt, dass der Kausalmechanismus, der früheren Analysen teilweise implizit zugrunde lag, auch weiterhin gilt: Je stärker die Popularität der Bundesregierung seit Amtsantritt gesunken ist, mit desto höheren Verlusten müssen die Parteien der Bundesregierung bei Landtagswahlen rechnen. Der Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlen hat seit der Wiedervereinigung sogar eher zu- als abgenommen.

Obwohl sich die von mir durchgeführten Analysen im Wesentlichen auf die Erklärungsvariable „Regierungspopularität“ beschränkt, kann allein für Westdeutschland fast 50 Prozent der Varianz zwischen dem Stimmenanteil der Regierungsparteien einer Bundestagswahl und der folgenden Landtagswahl durch dieses sparsame Modell erklärt werden. Für zukünftige Forschungsarbeiten ergeben sich daraus zwei potentielle Anknüpfungspunkte: Erstens könnten detailliertere Studien zeigen, ob weitere Erklärungsvariablen für die Stimmenentwicklung zwischen Bundes- und Landtagswahlen die Erklärungskraft meiner Untersuchung erhöhen. Als potentielle Erklärungsvariablen bieten sich neben der Höhe der Wahlbeteiligung vor allem ökonomische und bundeslandspezifische Variablen an. Zweitens kann der Wirkungsmechanismus weiter differenziert werden: Gibt es unterschiedliche Auswirkungen des hier postulierten Zusammenhangs für die große und die kleine Regierungspartei? Kann das Modell der Stimmenentwicklung für die Opposition weiter verbessert werden? Welche Konsequenzen ergeben sich für andere Parteien?

Welche aktuellen Implikationen haben meine Ergebnisse nun für die aktuelle Föderalismus-Reformdebatte? Will man die starke Verflechtung zwischen Bundestags- und Landtagswahlen abbauen, bieten sich zwei potentielle Lösungsansätze an. Ein immer wieder diskutierter Ansatz ist die Zusammenlegung von Landtagswahlen, wobei oft vorgeschlagen wird, eine Hälfte der Landtagswahlen zusammen mit den Bundestagswahlen, die andere Hälfte in der Mitte einer Legislaturperiode abzuhalten. Mit Hinblick auf die notwendigen Mehrheitserfordernisse für eine solche Regelung erscheint dieser Vorschlag kurzfristig unrealistisch. Außerdem könnte eine derartige Neureglung

die Vermischung von Landes- und Bundespolitik zusätzlich forcieren, indem diejenigen Landtagswahlen, die in der Mitte der Legislaturperiode stattfinden, erst recht zu einem Referendum über die Arbeit der Bundesregierung stilisiert werden. Der einzige Vorteil bestünde in einer Eindämmung des oft beklagten „Dauerwahlkampfes“, der Preis läge aber vermutlich in dessen Zuspitzung zum Midterm einer Legislaturperiode. Alternativ böte sich eine stärkere Entflechtung der Bundes- und Landespolitik an, wobei mit der Einberufung der Föderalismuskommission im Oktober 2003 eine gewisse Realisierungschance dieses Ansatzes gegeben ist. Eine kurzfristige Änderung des Einflusses der Bundespolitik auf Landtagswahlen erscheint aber auch hier fraglich. Da Parteien in der Bundesrepublik mit Ausnahme der PDS und der CSU sowie einigen Regionalparteien nicht differenziert nach Landes- und Bundespartei wahrgenommen werden, wird, solange als wichtig empfundene Entscheidungen auf Bundesebene getroffen werden, immer ein Anreiz für Regierungs- oder Oppositionsparteien bestehen, die Bundespolitik als Wahlkampfthema bei Landtagswahlen zu benutzen.

7 Literatur

- Abramowitz, Alan I./Albert D. Cover/Helmut Norpoth, 1986: The President's Party in Midterm Elections: Going from Bad to Worse. In: *American Journal of Political Science* 30, 562–576.
- Alesina, Alberto/Howard Rosenthal, 1989: Partisan Cycles in Congressional Elections and the Macroeconomy. In: *American Political Science Review* 83, 373–398.
- , 1995: *Partisan Politics, Divided Government, and the Economy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Anderson, Christopher J./Daniel S. Ward, 1996: Barometer Elections in Comparative Perspective. In: *Electoral Studies* 15, 447–460.
- Arzheimer, Kai/Jürgen W. Falter, 2002: Ist der Osten wirklich rot? Das Wahlverhalten der Bundestagswahl 2002 in Ost-West-Perspektive. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 49–50, 27–35.
- Campbell, Angus, 1960: Surge and Decline: A Study of Electoral Change. In: *Public Opinion Quarterly* 24, 397–418.
- Campbell, James E., 1991: The Presidential Surge and its Midterm Decline in Congressional Elections, 1868–1988. In: *Journal of Politics* 53, 477–487.
- , 2003: The 2002 Midterm Election: A Typical or an Atypical Midterm? In: *Political Science and Politics* 36, 203–207.
- Chrystal, K. Alec/James E. Alt, 1981: Some Problems in Formulation and Testing a Politico-Economic Model of the United Kingdom. In: *Economic Journal* 91, 730–736.
- Decker, Frank/Julia von Blumenthal, 2002: Die bundespolitische Durchdringung der Landtagswahlen. Eine empirische Analyse von 1970 bis 2001. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 33, 144–164.
- Dinkel, Reiner, 1977: Der Zusammenhang zwischen Bundes- und Landtagswahlergebnissen. In: *Politische Vierteljahresschrift* 18, 349–359.
- , 1980: Die Interdependenz von Wahlen und ihre wirtschaftspolitischen Konsequenzen. In: Erik Boettcher/Philipp Herder-Dorneich/Karl-Ernst Schenk (Hrsg.), *Neue Politische Ökonomie als Ordnungstheorie*. Tübingen: J.C.B. Mohr, 66–81.
- Eijk, Cees van der, 1987: Testing Theories of Electoral Cycles. The Case of the Netherlands. In: *European Journal of Political Research* 15, 253–270.
- Erikson, Robert S., 1988: The Puzzle of Midterm Loss. In: *Journal of Politics* 50, 1011–1029.

- , 1990a: Economic Conditions and the Congressional Vote: A Review of the Macrolevel Evidence. In: *American Journal of Political Science* 34, 373–399.
- , 1990b: Reply to Jacobson. In: *American Journal of Political Science* 34, 405–407.
- Fabritius, Georg, 1978: *Wechselwirkungen zwischen Landtagswahlen und Bundespolitik*. Meisenheim am Glan: Verlag Anton Hain.
- Feigert, Frank B./Pippa Norris, 1990: Do By-Elections Constitute Referenda? A Four-Country Comparison. In: *Legislative Studies Quarterly* 15, 183–200.
- Frey, Bruno S./Friedrich Schneider, 1978: A Politico-Economic Model for the United Kingdom. In: *Economic Journal* 88, 243–253.
- Goodhart, Charles A. E./Rajendra J. Bhansali, 1970: Political Economy. In: *Political Studies* 18, 43–106.
- Hough, Daniel/Charlie Jeffery, 2003: Landtagswahlen: Bundestestwahlen oder Regionalwahlen? In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 34, 79–94.
- Hudson, John, 1985: The Relationship between Government Popularity and Approval for the Government's Record in the United Kingdom. In: *British Journal of Political Science* 15, 165–186.
- Jacobson, Gary C., 1990: Does the Economy Matter in Midterm Elections? In: *American Journal of Political Science* 34, 400–404.
- , 2003: Terror, Terrain, and Turnout: Explaining the 2002 Midterm Elections. In: *Political Science Quarterly* 118, 1–22.
- Jacobson, Gary C./Samuel Kernell, 1981: *Strategy and Choice in Congressional Elections*. New Haven: Yale University Press.
- Jeffery, Charlie/Daniel Hough, 2001: The Electoral Cycle and Multi-Level Voting in Germany. In: *German Politics* 10, 73–98.
- Kernell, Samuel, 1977: Presidential Popularity and Negative Voting: An Alternative Explanation of the Midterm Congressional Decline of the President's Party. In: *American Political Science Review* 71, 44–66.
- , 1978: Explaining Presidential Popularity. How Ad Hoc Theorizing, Misplaced Emphasis, and Insufficient Care in Measuring One's Variables Refuted Common Sense and Led Conventional Wisdom Down the Path of Anomalies. In: *American Political Science Review* 72, 506–522.
- Lehmbruch, Gerhard, 1998: *Parteienwettbewerb im Bundesstaat*. 2. erweiterte Auflage. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Lewis-Beck, Michael S./Tom W. Rice, 1984: Forecasting U.S. House Elections. In: *Legislative Studies Quarterly* 9, 475–486.
- Lohmann, Susanne/David W. Brady/Douglas Rivers, 1997: Party Identification, Retrospective Voting, and Moderating Elections in a Federal System. In: *Comparative Political Studies* 30, 420–449.
- Mann, Thomas E./Raymond E. Wolfinger, 1980: Candidates and Parties in Congressional Elections. In: *American Political Science Review* 74, 617–632.
- Marsh, Michael, 1998: Testing the Second-Order Election Model after Four European Elections. In: *British Journal of Political Science* 28, 591–607.
- Miller, William L./Myles Mackie, 1973: The Electoral Cycle and the Asymmetry of Government and Opposition Popularity: An Alternative Model of the Relationship between Economic Conditions and Popularity. In: *Political Studies* 21, 263–279.
- Mughan, Anthony, 1986: Toward a Political Explanation of Government Vote Losses in Midterm By-elections. In: *American Political Science Review* 80, 761–775.
- , 1988: On the By-Election Vote of Governments in Britain. In: *Legislative Studies Quarterly* 13, 29–48.
- Müller-Hilmer, Rita, 1999: Die niedersächsische Landtagswahl vom 1. März 1998: Die Kür des Kanzlerkandidaten. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 30, 41–55.
- Nordhaus, William D., 1975: The Political Business Cycle. In: *Review of Economic Studies* 42, 169–190.
- Oppenheimer, Bruce I./James A. Stimson/Richard W. Waterman, 1986: Interpreting U.S. Congressional Elections: The Exposure Thesis. In: *Legislative Studies Quarterly* 11, 227–247.

- Pissarides, Christopher A., 1980: British Government Popularity and Economic Performance. In: *Economic Journal* 90, 569–581.
- Ragsdale, Lyn, 1980: The Fiction of Congressional Elections as Presidential Events. In: *American Politics Quarterly* 8, 375–398.
- Reif, Karlheinz, 1984: National Electoral Cycles and European Elections 1979 and 1984. In: *Electoral Studies* 3, 244–255.
- Reif, Karlheinz/Hermann Schmitt, 1980: Nine Second-order National Elections: A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results. In: *European Journal of Political Research* 8, 3–44.
- Scharpf, Fritz W., 1985: Die Politikverflechtungs-Falle. Europäische Integration und deutscher Föderalismus im Vergleich. In: *Politische Vierteljahresschrift* 26, 323–356.
- Schmitt-Beck, Rüdiger, 2000: Die hessische Landtagswahl vom 7. Februar 1999: Der Wechsel nach dem Wechsel. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 31, 3–17.
- Stimson, James A., 1976: Public Support for American Presidents: A Cyclical Model. In: *Public Opinion Quarterly* 40, 1–21.
- Tufte, Edward R., 1975: Determinants of the Outcomes of Midterm Congressional Elections. In: *American Political Science Review* 69, 812–826.
- , 1978: *Political Control of the Economy*. Princeton: Princeton University Press.

Recent Titles in the Publication Series of the MPIfG

MPIfG Discussion Papers

- DP 03/8
R. Werle
**Institutionalistische
Technikanalyse: Stand
und Perspektiven**
- DP 03/7
S. Lütz
**Convergence within National
Diversity: A Comparative
Perspective on the Regulatory
State in Finance**
- DP 03/6
S. Avdagic
**Accounting for Variations in
Trade Union Effectiveness:
State–Labor Relations in East
Central Europe**
- DP 03/5
S. Lütz
**Governance in der politischen
Ökonomie**
- DP 03/4
M. Höpner
**European Corporate
Governance Reform and the
German Party Paradox**

MPIfG Working Papers

- WP 03/12
M. Heipertz, A. Verdun
**The Dog that Would Never
Bite? The Past and Future
of the Stability and Growth
Pact**
- WP 03/11
S. Ganghof, T. Bräuninger
**Partisan Veto Players in
Australia, Denmark, Finland
and Germany: Government
Status and Legislative Behavior**
- WP 03/10
M. Heipertz
**The Stability and Growth Pact
– Not the Best but Better than
Nothing. Reviewing the
Debate on Fiscal Policy in
Europe’s Monetary Union**
- WP 03/9
M. Höpner, L. Krempel
**The Politics of the German
Company Network**
- WP 03/8
A. Schäfer
**Stabilizing Postwar Europe:
Aligning Domestic and
International Goals**

MPIfG Books

- H. Kitschelt, W. Streeck (eds.)
**Germany: Beyond the
Stable State**
Frank Cass 2004
- B. Rehder
**Betriebliche Bündnisse für
Arbeit in Deutschland:
Mitbestimmung und
Flächentarif im Wandel**
Campus 2003
- W. Streeck, M. Höpner (Hg.)
**Alle Macht dem Markt?
Fallstudien zur Abwicklung
der Deutschland AG**
Campus 2003
- J. Beyer (Hg.)
**Vom Zukunfts- zum
Auslaufmodell? Die deutsche
Wirtschaftsordnung im Wandel**
Westdeutscher Verlag 2003
- M. Höpner
**Wer beherrscht die
Unternehmen? Shareholder
Value, Managerherrschaft
und Mitbestimmung in
Deutschland**
Campus 2003

Ordering Information

MPIfG Discussion Papers

Order printed copies from the MPIfG (you will be billed) or download PDF file from the MPIfG website (free).

MPIfG Working Papers

Online at the MPIfG website.

MPIfG Books

At bookstores; abstracts on the MPIfG website.

www.mpi-fg-koeln.mpg.de
Go to *Publications*.

New Titles

Consult our website for the most complete and up-to-date information about MPIfG publications and publications by MPIfG researchers. To sign up for newsletters and mailings, please go to *Service* on the MPIfG website. Upon request to info@mpi-fg-koeln.mpg.de, we will be happy to send you our *Recent Publications* brochure.

ERPA

MPIfG Discussion Papers and MPIfG Working Papers in the field of European integration research are included in the *European Research Papers Archive (ERPA)* which offers full-text search options: <http://eiop.or.at/erpa>.